

## 1. BERLINER CARE-SALON

# Postwachstumsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat

## Thesen

- 1.** Care und Demokratie stehen in einem Wechselverhältnis. **Der Demokratisierungsgrad einer Gesellschaft zeigt sich daran wie demokratisch und gerecht Care organisiert wird und ist.** In einer Postwachstumsgesellschaft mit Fachkräftemangel und überschuldeten öffentlichen Haushalten können erkannte Care-Lücken nicht durch Ausbau des quartären Sektors geschlossen werden. Es muss vielmehr darum gehen, die knappen Güter Personal und Geld effizient im Sinne der Stärkung wohlfahrtspluralistischer Konzepte einzusetzen. Opielka verweist auf die Abhängigkeit von Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftswachstum. Die Ressourcenknappheit hat komplizierte politische und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zur Folge, bei denen auch die Akzeptanz von Demokratie unter Druck gerät.
- 2.** Care ist elementar für die Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe aller sowie für die Vermeidung von Segregation und Marginalisierung. Soziale Teilhabe und ein gewaltfreies, menschenwürdiges Leben in möglichst selbstbestimmter Freiheit sind Menschenrechte, für deren Sicherung der Staat die Verantwortung trägt. Für seine Verwirklichung ist er auf eine vitale Zivilgesellschaft und Professionelle angewiesen. **Dabei gilt es soziale Selektion und Ausgrenzung zu vermeiden und eine „Caring Democracy“ (Tronto) zu ermöglichen.** Staatliche Regulation und finanzielle Steuerung dürfen nicht auf das Ausmaß an Leistungen («volume»), sondern müssen auf die Verbesserung des Ergebnisses («outcome») in Form von sozialer Teilhabe und einem Leben in möglichst selbstbestimmter Freiheit und Gesundheit ausgerichtet werden.
- 3.** **Caring Communities rücken die Fragen der Praxis des Sorgens ins Zentrum des gesellschaftlichen Zusammenlebens, seines Gelingens und seiner Regulierung – und sie artikulieren Care-Fragen nicht (nur) als moralische und organisatorische, sondern auch als eine genuin politische.** Demokratiedefizite in Care-Debatten befestigen soziale Ungleichheit, Geschlechterhierarchien und grenzen soziale Gruppen aus (Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ-Personen, Geflüchtete, etc. pp). Sorge wird notwendig auch als Empowerment unter Rahmenbedingungen der (Mit-)Bestimmung und Selbstbestimmung verstanden.
- 4.** **Caring Communities setzen den Schutz vor Gewalt, die Gewaltprävention und die Aufarbeitung von Gewaltverhältnissen als zentrales Thema.** Immer wenn es um Fragen der Menschenrechte, der Menschenwürde, der Zugehörigkeit und Teilhabe sowie um Fragen von Recht und Unrecht geht, wird auch Gewalt in personaler und struktureller Form verhandelt. Care strebt gerechtere Lebensverhältnisse an und beschreibt Wege zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

5. Care gilt es als Ausgangspunkt für politische Transformationsprozesse zu machen (Gottschlich) – und dies in mehrfacher Hinsicht: (1) als ethische Haltung, (2) als ökonomisch notwendige Tätigkeit und (3) als politische Transformationspraxis. Menschen haben ein Recht darauf, gut versorgt zu werden und für andere zu sorgen – die Natur auch.
6. Investitionen in die Sorgefähigkeit der Gesellschaft sind als Investitionen in die Demokratisierung des Miteinanders zu verstehen und zu gestalten. **Sorge ist mehr als eine Kompensation der Defizite eines marktorientierten Wohlfahrtsstaates.** Sie ist nicht konjunkturabhängig. Wie beim Klimaschutz gilt: Es bedarf jetzt Investitionen in eine nachhaltige, democratisierende Sorge – national und regional. Investiert werden muss auch in partizipativ angelegte Forschung und in Beteiligungsprozesse.
7. Die demografischen Dynamiken in der autochthonen deutschen Bevölkerung lassen soziale Netzwerkstrukturen unter Druck geraten. **Es gilt die Tragfähigkeit und Erneuerungsfähigkeit sozialer Sorgenetzwerke in den Blick zu nehmen. Hierin liegt eine ganz wesentliche Verpflichtung des subsidiär angelegten Sozialstaates und der Demokratieförderung.** Der Staat muss Vorleistungen erbringen, damit die kleinen Einheiten der Gesellschaft in ihrem Ringen um Care und Demokratie nicht allein gelassen werden und weiter leistungsfähig bleiben.
8. Die mit dem Klimawandel verbundenen Transformationsprozesse werden sozial ungleich verteilt sein und zu regional unterschiedlichen Belastungen sowie Herausforderungen in Krisen führen. **Wird der Klimawandel aber auch die Leistungsfähigkeit der Gesundheitssysteme nicht sozial- und gesellschaftspolitisch flankiert, drohen weitere Erodierungen demokratischer und solidarischer Strukturen und Kulturen unserer Gesellschaft.**
9. Die Demokratisierung von Sozialpolitik ist gefragt. Dazu gehört, die Bürger\*innen aus der Kunden- und Versichertenhaltung herauszuführen, und **das Ringen um robuste und zukunftsfähige Formen sozialer Sicherung** neu zu vergesellschaften – und **auch und gerade vor Ort zu verankern.** Dann kann eine Postwachstumsgesellschaft auch mit Wachstum gedacht werden: einem Wachstum von Qualitäten, von Geist, von Kultur, von Solidarität. In der Demokratie wird ebenso wie in der Debatte um soziale Nachhaltigkeit der Mensch nicht als Konsument und Schädling gesehen, sondern als Lösung, der versucht mit seinesgleichen und der Natur der Welt auszukommen.

Prof. Dr. habil. Thomas Klie • Prof. Dr. Barbara Kavemann • Dr. Thomas Meysen

Berlin, 3. März 2023